

gestern den Vermittlungsvorschlag Sir Edward Grey über-
mittelt hatte, ist mir die offizielle Meldung meines Bot-
schaffers in St. Petersburg zugekommen, wonach der Kaiser
von Rußland die Mobilmachung aller Militärbesätze an
meinen Grenzen angeordnet hat. Graf Szököny melbet mir,
Du hättest Kaiser Nikolaus in einzig treffender Weise schon
gesagt, daß die russischen Mächtigungen einzustellen seien, weil
sonst die ganze Verantwortung für einen Weltkrieg auf
seine Schultern falle. Im Bewußtsein meiner schweren
Pflichten für die Zukunft meines Reiches habe ich die Mobil-
sierung meiner ganzen bewaffneten Macht angeordnet. Die
im Zuge befindliche Aktion meiner Armee gegen Serbien
kann durch die bedrohliche und herausfordernde Haltung
Rußlands keine Störung erfahren. Eine neuerliche Retung
Serbiens durch Rußlands Intervention müßte die ernstesten
Folgen für meine Länder nach sich ziehen, und ich kann daher
eine solche Intervention unmöglich zugeben.

Franz Josefs Telegramm schließt mit den Worten:
„Ich bin mir der Tragweite meiner Entschlüsse bewußt
und habe dieselben im Vertrauen auf Gottes Gerechtigkeit
gefaßt mit der Sicherheit, daß Deine Wehrmacht in un-
wandelbarer Bundesstreue für mein Reich und für den
Dreibund einstehen wird.“

Frankreich beginnt die Feindseligkeiten.

Am 3. August telegraphiert der Kanzler an den deut-
schen Botschafter in Paris:

„Deutsche Truppen hatten bis jetzt Befehl, französische
Grenze strengstens zu respektieren, und diesen überall strikt
befolgt. Dagegen haben trotz Zusicherung der 10-Kilo-
meter-Zone französische Truppen schon gestern bei Ulm-
münsterthal und auf Gebirgsstraßen in Vogesen deutsche
Grenze überschritten und stehen noch auf deutschem Gebiet.
Französischer Flieger, der belgisches Gebiet überflogen
haben muß, wurde bei Verhuf, Eisenbahn bei Besele zu
zerstören, schon gestern herabgeschossen. Mehrere andere
französische Flugzeuge sind gestern über Eifelgebiet
zweifelsfrei festgesetzt. Auch diese müssen belgisches Gebiet
überflogen haben. Gestern warfen französische Flieger
Bomben auf Bahnen bei Karlsruhe und Nürnberg.
Frankreich hat uns somit in Kriegszustand versetzt. Bitte
Ew. Exzellenz, Vorstehendes heute nachmittags 6 Uhr
dortiger Regierung mitzuteilen, Ihre Pässe fordern und
noch Übergabe der Geschäfte an amerikanische Botschaft
abreisen.“

Deutsche Mahnung zur Besonnenheit.

Zur Zeit, als das Vermittlungsangebot schwebte, suchte
Deutschland in Wien abzuwickeln, worüber unser dortiger
Botschafter am 30. Juli folgendes nach Berlin meldet:

„Ich lenkte die Aufmerksamkeit des Ministers (Berchtold)
noch besonders darauf hin, daß die berechtigten Ansprüche
Österreich-Ungarns durch eine Züchtigung Serbiens, unter
Garantieschaffung für dessen weiteres Wohlverhalten, durch
Annahme des Vermittlungsvorschlags voll gewahrt schienen
und damit der von der Monarchie von Anfang an erklärte
Zweck der ganzen Aktion gegen Serbien ohne Entseifung
des Weltkriegs erreicht werden würde. Unter diesen Um-
ständen scheint mir eine völlige Ablehnung der Vermittlung
ausgeschlossen. Der Waffenruhe werde durch Befehle
serbischen Gebiets durch österreichisch-ungarische Truppen
Genüge geleistet. Daß diese militärische Befehle serbischen
Gebiets unter ausdrücklicher Zustimmung Rußlands geschehen
sollte, bedeute unstrittig eine wertvolle Stärkung des öster-
reichischen Einflusses gegenüber Rußland und am Balkan.
Ich hat die beiden Herren, die unerschütterlichen Konzeptionen
einer Ablehnung der Vermittlung sich vor Augen zu halten.
Als Graf Berchtold das Zimmer verlassen hatte, um sich zur
Audienz beim Kaiser umzuleiden, habe ich dann noch Graf
Fergach allein sehr ernst ins Gewissen geredet, der auch
seine Ansicht dahin äußerte, daß er ein Eingehen auf die
Vermittlung für geboten halte. Allerdings scheint ihm eine
Einschränkung der im Gange befindlichen militärischen Opera-
tionen kaum möglich.“

Weiter sagt unser Botschafter in seinem Bericht:
„Gestern nachmittags habe ich Gelegenheit genommen, erneut
mit Graf Fergach und Graf Szonoz sehr ernst in unserem
Sinne Rücksprache zu nehmen. Sie versicherten mir beide,
daß mit Rücksicht auf die Stimmung in Armeen und im
Volke, Einschränkungen der militärischen Operationen,
ihrer Ansicht nach ausgeschlossen sei. Morgen früh
werde Graf Tizza in Wien erscheinen, dessen Ansicht bei
dieser weittragenden Entscheidung einzuholen werden müsse.“

Der Untersuchungsausschuß.

Fragebogen zur Vorgeschichte des Krieges

Der erste Untersuchungsausschuß des parlamentarischen Unter-
suchungsausschusses der Nationalversammlung (Vorgeschichte
des Krieges) hat nunmehr einen Fragebogen zur Ver-
sendung an die in Betracht kommenden Auskunftspersonen
zur schriftlichen Gegenüberung gefandt. Die darin auf-
gestellten Fragen beziehen sich:

1. auf die Feststellung, welches die politische Haltung des
Herrn v. Tschirch in Wien seit dem Attentat von Serajewo
war und in welchem Sinn die politischen und militärischen
Stellen der deutschen Regierung auf ihn eingewirkt haben.
2. Es ist festzustellen, welche politischen und militärischen
Verhandlungen am 5. bzw. 6. Juli in Berlin oder Potsdam
stattgefunden haben.
3. Es ist festzustellen, ob und welche Maßnahmen Reichs-
kanzler v. Delbmann, Holweg und Staatssekretär v. Jagow
ergriffen haben, um über den Fortschritt der Untersuchung in
Serajewo nach dem 5. Juli Kenntnis zu erhalten.
4. Es ist festzustellen, ob vor der Überreichung des Ulti-
matums an Serbien militärische Vorbereitungen und
Rüstungen stattgefunden haben.
5. Es ist festzustellen, ob vor der Überreichung des Ulti-
matums finanzielle oder wirtschaftliche Vorbereitungen statt-
gefunden haben.
6. Es ist festzustellen, was in der Zeit zwischen dem
5. und 22. Juli über den voraussichtlichen Inhalt des Ulti-
matums der politischen Leitung des Deutschen Reiches be-
kannt geworden ist.
7. Es ist festzustellen: Wann wurde das Ultimatum dem
Herrn v. Tschirch in Wien übergeben? Wann wurde es
von ihm auf den Weg nach Berlin gebracht? Wann ist es
in Berlin im Auswärtigen Amt eingegangen? Wann und
in welcher Weise hat die deutsche Regierung gegenüber der
österreichisch-ungarischen zum Ultimatum Stellung genommen?
8. Es ist festzustellen: Wann und wie ist das Ultimatum
bei den Regierungen in München und Dresden bekannt-
geworden?

Endlich soll noch festgestellt werden: Warum ist der
Bundesausschuß für auswärtige Angelegenheiten
zwischen dem Attentat von Serajewo und dem Kriegs-
ausbruch nicht zusammengetreten? Ist Anregung zu einer
Einberufung nicht Folge geleistet oder ihnen entgegen-
gearbeitet worden?

o Sechsfacher Mörder begnadigt. Der Bergmann
Josef Ritter, der fünf Mitglieder der Familie Beutmann
in Brambauer und deren Dienstmädchen ermordet hat und
deswegen sechsmal zum Tode verurteilt wurde, ist jetzt zu
lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt worden.

Hauptmann v. Kessel verhaftet!

Verdacht des Meineids und der Urkundenfälschung.
Berlin, 10. Dezember.

Der Erste Staatsanwalt beim Landgericht I teilt
mit, daß der Untersuchungsrichter beim Landgericht I
antragsgemäß gegen den Polizeihauptmann v. Kessel
Haftbefehl wegen Meineids, Urkundenfälschung und
Herausforderung zum Zweikampf erlassen hat, und
daß Hauptmann v. Kessel in das Untersuchungs-
gefängnis eingeliefert ist.

Kronprinz Rupprecht und seine Auslieferung

Schlimmste Vergewaltigung.

Der vormalige bayerische Kronprinz erklärt in einem
Schreiben an den früheren Minister v. Brettreich:

„Noch verzehren sich Hunderttausende deutscher Kriegs-
gefangener in Frankreich in stummem Sehnen nach Be-
freiung und Heimkehr und Millionen Angehöriger in
bitterem Leid um sie. Frankreich lehnt die Freigabe ab
mit Gründen, die vor keinem Urteil bestehen können, am
wenigsten vor dem der Menschlichkeit, aus der allein die
Soffnung auf Völkerveröhnung dämmern könnte. Zur
Begründung dieser Haltung werden, wie ich höre, von
Frankreich auch die Versailler Bestimmungen über die
Auslieferung der angeblich am Kriegsausbruch und an
Kriegsverbrechen schuldigen Deutschen herangezogen. Ich
betrachte diese Bestimmungen als schlimmste Verge-
waltigung, die allem Völker- und Staatenrechte
zuwider, je einem wehrlosen Volke zugefügt worden
ist, und das Gericht, bei dem Kläger und Richter
die gleiche Person ist, als ärgsten Hohn auf jegliches
Rechtsempfinden. Nichtsdestoweniger halte ich es für
meine Pflicht, was mich betrifft, alles zu befeitigen, was
von gegnerischer Seite dazu benutzt werden könnte, die
Zurückhaltung der Kriegsgefangenen als Vorwand zu
dienen, und erklärte Ihnen daher als Präsidenten eines
um die Kriegsgefangenen besonders bemühten Verein, daß
ich, wenn die alliierten Mächte meine Auslieferung fordern
sollten, ihrem Verlangen Folge leisten werde, nicht in An-
erkennung eines ihnen zustehenden Rechtes, das ich in dem
Briefe vom 26. Juli 1919 an den Herrn Präsidenten des
Bayerischen Landtages verneint habe und immer ver-
neinen werde, sondern in Erfüllung einer Pflicht, die ich
den schweren und bitteren Zeiten des Krieges dem Volke
gegenüber, dem ich angehöre, zu erfüllen stets be-
müht war.“

Sechsstundenschicht im Bergbetrieb.

Trotz Hinweises auf den Zusammenbruch.

Der Ausschuß zur Prüfung der Arbeitszeit im Berg-
bau beriet unter Vorsitz des Prof. Gothein über die Frage
der Kohlenabfuhr und Bagengestellung. Gothein schilderte
die furchtbare Notlage des Landes infolge der Kohlennot,
wobei er besonders auf die laibblütigen Forderungen der
Entente hinwies und stellte den Arbeitnehmern vor Augen,
daß die Forderung der Sechsstundenschicht den Zusammen-
bruch Deutschlands bedeuten würde. Der Sechsstundentag
müsse und könne nur international geregelt werden. Die
Vertreter der Arbeitnehmer hielten demgegenüber an ihrem
Verlangen nach Einführung der Sechsstundenschicht am
1. Februar unbedingt fest. Zur Beratung über einen
Vermittlungsvorschlag, der von Professor Franke und
Bergbauhauptmann Schanz mit einem herzlichen Appell an
das Gewissen der Arbeiter eingebracht wurde, trat eine
Pause ein. Der Vermittlungsvorschlag will die Regelung
der Sechsstundenschicht international auf diplomatischem
Wege betreiben, die siebente Stunde beibehalten aber höher
bezahlen und einschneidende sofortige Maßregeln zur Be-
hebung der Wohnungsnot unter der Bergarbeiterschaft ge-
troffen sehen. Bei der Abstimmung erklärten sich die
Arbeitnehmer geschlossen für Einführung der Sechsstunden-
schicht am 1. Februar, die Arbeitgeber und die Wissen-
schaftler geschlossen gegen diese Möglichkeiten.

Die Instruktion für Lersner.

Ablehnung der bedingungslosen Unterjochung.
Die Reichsregierung veröffentlicht die Instruktionen,
die sie unserem Vertreter in Paris gegeben hat. Es heißt
darin u. a.:

Die Forderung, daß mit der Note vom 1. November
mitgeleitete Protokoll bedingungslos zu unterzeichnen, muß
von uns abgelehnt werden. Sie steht im Widerspruch
mit den Erklärungen, die Herr Dutasta und Herr Berthelot
gegenüber Herrn von Simson abgegeben haben. Beide
haben gegen eine mündliche oder schriftliche Diskussion
keinen Widerspruch erhoben. Unsere Einwendungen gegen
das Protokoll sind bekannt. Abgesehen von einzelnen
minderwichtigen Punkten, deren Nichtigstellung münd-
licher Diskussion vorbehalten bleiben kann, die aber
keine entscheidende Bedeutung haben, und in der
Voraussetzung, daß die holländische Frage inzwischen
erledigt sein wird, kommen als wesentlich Scapa Flow
und die Schlußbestimmung in Betracht. Wegen Scapa
Flow sehen wir der Auserkung der Entente auf unsere
Darlegungen entgegen. Die Schlußbestimmung ist un-
annehmbar. Unsererseits müssen wir Aufnahme einer
Bestimmung in das Protokoll verlangen, wonach die Heim-
scheidung derjenigen Kriegsgefangenen, die sich zu dieser
Zeit noch in Frankreich befinden, an keine andere Be-
dingung als die im Artikel 221 bezeichnete geknüpft
werden darf. Auch müßten eingehende Bestimmungen
über Durchführung der Transporte aufgenommen werden.
Bitte Herrn Dutasta zu fragen, ob Clemenceau, wie ge-
meldet wird, ausländischen Journalisten gesagt hat, daß
die Herausgabe der Kriegsgefangenen erfolgen solle,
wenn deutsche Zivilarbeiter im Wiederaufbaugesbiet
eingetroffen seien.

Deutsche Nationalversammlung.

(126. Sitzung.) OB. Berlin, 10. Dezember.

Daß die Meinungen bei den Verhandlungen über das
geplante Reichsnotopfer stark auseinander stößen würden,
hatte man erwartet. Aber daß die allgemeine Aussprache
über den Paragraphen 1: „Der äußerster Not des Reiches
opfert der Besitz durch eine nach den Vorschriften dieses
Gesetzes zu bemessende große Abgabe vom Vermögen
(Reichsnotopfer)“ geradezu zu einem Skandal, zu einer
Unterbrechung der Sitzung, dem stärksten Anwurf, den sich
führende Politiker machen können, der Beschäftigung
des Landesverrats. führen würde, dessen hatte

man sich doch nicht versehen. Und das ent-
fesselte mit seiner Oppositionsrede gegen das Gesetz
Herr Dr. Hugenberg, Angehöriger der Deutschnationalen
Partei, ehemals Generaldirektor der Kruppischen Werke in
Essen. Heute noch hat sich das Haus noch nicht von der
Erregung erholt, die gestern während der Hugenbergischen
Ausführungen ausbrach. Hugenberg äußerte seine Be-
denken gegen das Reichsnotopfer in der schärfsten Weise,
schlug vor, statt dessen eine Zwangsanleihe durchzuführen,
meinte, man werde die Industrie zugrunde richten und
das deutsche Volk an die Kette der wirtschaftlichen
Sklaverei der Entente legen. Wenn Herr Erzberger,
der Reichsfinanzminister, das einmal tun wolle, so solle
er es offen tun. „Dann lassen Sie, Herr Erzberger,“ rief
Hugenberg aus, „den Feind doch lieber gleich das Ruhr-
gebiet belegen.“

Hier brach der Orkan los. Die Mehrheit des Hauses
erhob sich und überschüttete Hugenberg mit Zurufen, unter
denen der Titel „Volkverräter“ einer der gelindesten
war. An Weiterreden, selbst an Weiterfragen war nicht
mehr zu denken, der Präsident unterbrach die Sitzung auf
eine Viertelstunde.

Als man wieder beginnen konnte, richtete Hugenberg
noch einige Paraden gegen Erzberger, worauf dieser seine
Klinge zum Gegenangriff erhob. Sie stichte auch nicht
schlecht. So meinte er, die Verdächtigungen Hugenbergs
reichten nicht an seinen Stiefelabsatz heran. In diesem
gefährlichen politischen Augenblick bringe ein Ab-
geordneter es fertig, mit dem Gedanken zu
spielen, das Ruhrgebiet vom Feinde belegen zu
lassen, nur weil der Besitz von seinen Vorrechten
etwas abgeben solle. Erzberger bezeichnet die Äußerungen
Hugenbergs, natürlich unter Begleitung des entsprechenden
Chorus aus dem Hause, als geradezu landesverräterisch,
wobingegen Hugenberg in einer persönlichen Bemerkung
sagt, daß er Herrn Erzberger schon lange für einen
Landesverräter gehalten habe. Präsident Fehrenbach
rügte dieses Wort als grobe Ungehörigkeit. Dann ging
man gestern nach Hause.

Heute aber lief das Spiel weiter, und es ist noch
nicht abzusehen, wann das Schlußglockengeläute ertönen wird,
das dem vielversprechenden Anfang folgte.

Sitzungsbericht.

Nach den heftigen Stürmen, die gestern getobt hatten,
herrschte heute, wenigstens zu Beginn der Sitzung, tiefe
Ruhe und reinster Frieden. Der Saal war schwach besetzt,
und die Ausführungen der Redner flossen sachlich und ge-
schäftsmäßig dahin. Die allgemeine Aussprache beim § 1 der
Vorlage über das Reichsnotopfer wurde fortgesetzt.

Der erste Redner, Abg. Braun-Franken (Soz.) verwandte
fast keine sämtlichen Darlegungen auf die Befämpfung der
gefristigen Rede des Abg. Hugenberg. Der gestrige Tag, so
hob er an, hat bewiesen, daß die Herren von der Rechten
alles tun wollen, um das Zustandekommen des Reichsnot-
opfers zu verhindern. Sie sind bemüht, die Steuergebete zu
sabotieren. Mit allen Mitteln wollen sie die Verhandlungen
stören. Wir werden aber dafür sorgen, daß ihre Pläne nicht
gelingen, daß die Kriegsgewinnler erfaßt werden und ein
gerechter Ausgleich im Volke hergestellt werde. Für die Rechte
gilt das abgeänderte Wort Bismarcks: „Die Deutschen fürchten
nichts so sehr als Steuernahlen“. Der Redner bekämpfte
dann im einzelnen die verschiedenen Ausführungen des Abg.
Hugenberg und ging dabei ausführlich auf den geschäftlichen
Betrieb der Firma Krupp ein. Ich muß Herrn Hugenberg,
erklärte er, ins Gedächtnis rufen, daß er in dem

Bestechungsprozess gegen die Firma Krupp

nicht verurteilt worden ist. Der Redner wies sodann auf die
internationalen Beziehungen hin, die die Firma Krupp mit
auswärtigen Firmen gepflogen hat. So sind, wie der Redner
bemerkte, mit den Rutilow-Werken, deren Kanonen nachher
unsere Soldaten niedergemacht haben, technische Erfindungen
ausgetauscht worden. Weiter erinnert der Redner daran, daß
der Abg. Hugenberg gestern den Reichsfinanzminister einen
Landesverräter genannt hat, dabei hat er selbst den ärgsten
Landesverräter begangen, indem er der Entente deutsches Land
geradezu angeboten hat. (Der Präsident Fehrenbach unter-
brach hier den Redner mit dem Bemerkens: „Ich kann nicht
zulassen, daß einem Mitgliede des Hauses Landesverrat
vorgeworfen werde. Ich bitte Sie, sich den gestrigen Vor-
gang als Warnung dienen zu lassen und sich unseren Auf-
gaben zuzuwenden: nämlich der Steuerdebatte!“) Der Redner
behandelte sodann noch sehr ausführlich das geschäftliche
Verhalten der Firma Krupp und des Stahlwerksverbandes,
wobei er dem früheren Staatssekretär Dr. Helfferich den Vor-
wurf machte, daß Helfferich diese Geschäfte des Stahlwerk-
verbandes geduldet hätte, so daß er ein Finanzminister nach
dem Herzen der Rechten gewesen sei.

Der nächste Redner war der Abg. Farwick (Zentr.), der
mit der Erklärung begann, daß der Gehebtentwurf in allen
Hauptpunkten von seiner Partei gebilligt werde, daß aber einige
Abänderungsanträge noch eingebracht werden würden.

Mordprozess Lindner.

§ München, 10. Dezember.

In dem Prozess gegen den Metzger Lindner, der als
Saubrangefläger verantwortlich gemacht wird für die blutigen
Vorgänge im Münchener Abgeordnetenhaus, bei dem Minister
Auer schwer verwundet, Abgeordneter Desel und Major
Gareis erschossen wurden, verurteilt sich Lindner in erregter,
mitunter leidenschaftlicher Weise.

Lindner gibt ohne weiteres zu, das Unternehmen gegen
den Minister Auer habe seinen Grund in der Ermordung
Eisners gehabt. Er wie viele seiner Gesinnungsgenossen
seien überzeugt gewesen, Auer sei für die Erschießung Eisners
verantwortlich zu machen. Auer müsse weg. Zu Einzel-
heiten erklärt Lindner, er wisse von nichts, er könne sich nicht
entern, heute reue es ihn, wenigstens was den Menschen,
nicht den Politiker Auer betreffe, und erst recht die andern
Opfer. Der Vorliegende verweist demgegenüber auf schwer
belastende Bezeugungen aus der Untersuchung. Lindner
bleibt dabei, als Politiker sei Auer ein Volkverräter ge-
wesen, und ein Volkverräter gehört weg von der Politik.
Deshalb habe er im Landtage auf Auer geschossen, nachdem
er ihm mehrmals das Wort: „Du gemeiner Verräter!“ au-
gerufen. Das er Desel und Gareis mitgetroffen, bereue er
außerordentlich. Seine politische Stellung charakterisiert
Lindner dahin, daß er für eine sozialistische Regierung sei,
die später das Klätenystem einführen sollte.

Witangefragt sind der Vater Frisch, der Graveur
Merker und der Kraftfahrer Schlund. Sie sind damals,
am 21. Februar, mit Lindner im Abgeordnetenhaus, im
Zimmer des revolutionären Arbeiterrats, zusammen gewesen
und sind mit ihm herausgekommen, als Lindner in den
Sitzungssaal stürzte. Merker hat später Lindner verborgen.
Sie erklären alle, unschuldig zu sein, Lindner sei wie von
Sinnen gewesen, sie hätten ihn nicht zurückhalten können.

Bei der Zeugenvernehmung betonte Frau Sophie
Auer, die Frau des verwundeten sozialdemokratischen
Ministers, daß im Sitzungssaal eine schwüle Stimmung ge-
herricht habe. Es sei ein ganz anderes Publikum auf den
Tribünen als sonst dagewesen. Mehrmals hörte sie Aue
„Koste“ und „Nieder mit Auer!“ Auch andere Zeugen haben
von vorbereiteten Anschlägen gegen Auer gehört.

Der frühere Privatsekretär Eisners, Fehrenbach, gibt
Aufklärung über viele Gerüchte, die damals in der Arbeiter-